## Rudolf Dreßler



Rudolf Dreßler wurde 1940 in Wuppertal geboren. Er wuchs in einer sozialdemokratisch geprägten Familie auf: Bereits sein Vater und Großvater waren engagierte Sozialdemokraten und Gewerkschafter.

Seine Biografie liest sich dann auch wie eine sozialdemokratische Bilderbuchkarriere:

Nach der Volksschule Ausbildung zum Schriftsetzer. Ein Berufsstand, der in der Arbeiterbewegung seit der Revolution 1848 immer eine tragende Rolle spielte. Er wurde Mitglied der IG Druck und Papier und war von 1969 bis 1981 Vorsitzender des Betriebsrates beim Verlag W. Girardet.

Der SPD schloss er sich im Jahr der Wahl von Willy Brandt zum Bundeskanzler an. Er engagierte sich vor allem in der "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA), deren Vorsitz er 1977 übernahm.

1980 kam er erstmals als Direktkandidat des Wahlkreises Wuppertal-West in den Bundestag.



Leocadia und Rudolf Dreßler mit Gerta Burmeister in der Schwebebahn.

Von April bis Oktober 1982 war er einer der beiden Parlamentarischen Staatssekretäre im Bundesministerium für Arbeit, Sozialordnung und Gesundheit. Es folgten 16 Jahre Oppositionsarbeit gegen die von Helmut Kohl geführten Regierungen. Rudolf Dreßler wurde zum Gesicht der SPD-Sozialpolitik und zum Gegenspieler des Arbeitsministers Norbert

Die Rededuelle im Bundestag, besonders zu Fragen der Rentenpolitik, sind heute legendär.



Mit Hans Peters und Norbert Blüm.

Seit Juni 1987 war er einer der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, und als Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik deren sozialpolitischer Sprecher.

Für die Öffentlichkeit überraschend gehörte Rudolf Dreßler nicht zum rot-grünen Kabinett nach dem Wahlerfolg 1998.

Sein sozialpolitischer Traditionalismus passte

nicht zur Neuausrichtung der Partei auf eine imaginäre "Neue Mitte", die Gerhard Schröder auch sozialpolitisch umsetzte.

Zum Jahresende 1999 schied Dreßler aus der Bundespolitik aus. Den Vorsitz der AfA gab er im März 2000 auf.



Gerhard Schröder.

Zitat Rede im Deutschen Bundestag 10. Oktober 1997:

"Die Folgen dieses Gesetzentwurfs sind klar: Operation gelungen, Rentenversicherung auf der Intensivstation. Wer bei Herrn Blüm, bei der CDU/CSU und der F.D.P. mitmacht, wird über kurz oder lang bei der Abschaffung des Systems landen. Dafür steht die Sozialdemokratische Partei nicht zur Verfügung."